

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Abg. teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Kabakt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. od. Konkursen hinfällig wird. Erfüllungsort: Altensteig. Gerichtsstand Nagold. **Bezugspreis:** Monatl. durch Post 1.50 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pf. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Nummer 45

Altensteig, Mittwoch, den 24. Februar 1932

55. Jahrgang

Stürmische Reichstags-Sitzung

Abgeordneter Goebbels ausgeschlossen

Bei vollbesetzter Tribüne und gut besuchtem Situationsaal wurde um 9 Uhr pünktlich vom Reichspräsidenten Löbe die erste Sitzung nach der Winterpause eröffnet. Er widmete zunächst dem verstorbenen sozialdemokratischen Abgeordneten Beims einen Nachruf, der von den Abgeordneten lebend angehört wird. Am Regierungstisch sitzen neben dem Reichspräsidenten Dr. Brüning die Minister Dietrich, Gröner und Siegerwald.

Die Nationalsozialisten und Deutschnationalen sind vollständig anwesend. Ohne Debatte wird ein Antrag auf Haftentlassung eines kommunistischen Abgeordneten angenommen. Ein anderer kommunistischer Antrag, der sich gegen den Volkshaus des Reichstages richtet, wird abgelehnt.

Nachdem die üblichen geschäftlichen Mitteilungen erledigt sind, wird in die Tagesordnung eingetreten, deren einziger Punkt lautet: „Beschlussfassung über den Wahltag für die Wahl des Reichspräsidenten“.

Reichsinnenminister Dr. Gröner:

Das Amt des Reichspräsidenten dauert nach der Reichsverfassung sieben Jahre. Die Amtsperiode des amtierenden Herrn Reichspräsidenten begann mit dem 6. Mai 1925, an welchem Tage der Reichswahlprüfungsausschuss den Herrn Reichspräsidenten für gewählt erklärt hat. Seine Amtsperiode geht also am 6. Mai dieses Jahres zu Ende. Damit ergibt sich die Notwendigkeit, die Neuwahl des Reichspräsidenten so zeitig vorzubereiten, daß am 6. Mai ein Reichspräsident — neu gewählt — zur Uebernahme des Amtes vorhanden ist. Während der Wahltag für eine Reichstagswahl vom Reichspräsidenten bestimmt wird, wird der Wahltag für die Präsidentenwahl vom Reichstag festgesetzt.

Nach dem Präsidentenwahlgesetz ist zum Reichspräsidenten gewählt, wer mehr als die Hälfte aller gültigen Stimmen erhalten hat. Entscheidend ist also die absolute Stimmenmehrheit. Wird eine solche nicht erreicht, so findet ein zweiter Wahlgang statt. Bei diesem ist gewählt, wer die meisten gültigen Stimmen, wer also die relative Mehrheit erhalten hat.

Nach den Ausführungsbestimmungen zum Präsidentenwahlgesetz würde eine Beschlussfassung des Reichstages über einen zweiten Wahlgang erst erforderlich sein, wenn keine Notwendigkeit besteht. Um ein für alle Mal diese technische Frage zu erledigen, empfiehlt es sich, schon jetzt einen Eventualbeschluss über den Tag des zweiten Wahlganges zu fassen.

In gleicher Weise ist der Reichstag im Jahre 1926 verfahren, als nach dem unerwarteten Ableben des ersten Herrn Reichspräsidenten die Neuwahl in einem ersten Wahlgang vor Ostern und einem zweiten Wahlgang nach Ostern vorgenommen werden mußte.

Der Wahltag muß nach dem Gesetz ein Sonntag oder ein öffentlicher Ruhetag sein. Praktisch kommt nur ein Sonntag in Betracht. Zur Vorbereitung der Wahl ist eine ausreichende Zeitspanne erforderlich. Zwischen erstem und zweitem Wahlgang muß weiter eine Frist von etwa drei Wochen liegen. Zwischen einem zweiten Wahlgang und dem Amtsantritt des neugewählten Reichspräsidenten muß gleichfalls eine ausreichende Frist liegen, um das Wahlergebnis festzustellen und durch das Wahlprüfungsgesicht prüfen zu lassen.

Ich brauche wohl nicht näher zu begründen, daß während der üblichen Zeit eine Wahl nicht stattfinden kann. So ergeben sich aus der Wahlfrist wie der Kalenderlage zwangsläufig Sonntag, der 12. März, für den ersten Wahlgang und Sonntag, der 10. April, für einen etwaigen zweiten Wahlgang. Es sind das nach dem Kalender die gleichen Sonntage vor und nach Ostern wie bei der Präsidentenwahl 1925.

Namens der Reichsregierung habe ich die Ehre, dem hohen Hause zu empfehlen, meinem Vorschlag zuzustimmen. Die Reichsregierung wird dafür sorgen, daß die Wahlvorbereitungen ungehindert vor sich gehen können. Allen Versuchen, Wahlversammlungen durch gewalttätiges Vorgehen zu verhindern und dadurch die in der Verfassung garantierte Wahlfreiheit zu beeinträchtigen, wird auf das Schärfste entgegengetreten werden.

Die Erklärung des Ministers wird ohne größte Störungen angehört, nur am Schluß kommen von den Kommunisten und Nationalsozialisten Rufe, die sich gegen Rede- und Pressefreiheit wenden.

Als erster Redner aus dem Hause erhält

Abgeordneter Dr. Goebbels (NS.)

das Wort. Er erklärt, die nationalsozialistische Bewegung habe diese Gelegenheit herbeigesehnt, um Abrechnung mit dem Kabinett Brüning und der von ihm vertretenen Politik zu halten. Der große Wendepunkt der jüngsten Geschichte sei der 14. September 1930, an dem sich aus den verfallenden bürgerlichen Parteien die große nationalsozialistische Massenpartei zum Sieg erhoben habe. Reichskanzler Dr. Brüning habe das Weien dieses geschichtlichen Ereignisses verächtlich, wenn er sagte, an der Machtverteilung habe sich dadurch nichts geändert. Die Entscheidung darüber, ob die Regierung ihre Macht an die Opposition abzugeben hat, liegt im demokratisch-parlamentarischen Regime allein beim Volke zu. (Leben links und rechts: „Sie als Groß-

hüter der Demokratie!“) So ist nicht unsere Schuld, wenn der deutsche Kredit im Ausland ins Wasser gerät. (Lebhafte Rufe links und in der Mitte: „Doch, Ihre Schuld!“) Schuld daran trägt die Tatsache, daß man bis zu dieser Stunde verhandelt hat, daß diejenigen an die Macht kommen, denen das Volk die Macht geben will. (Beifallslafsch bei den Nationalsozialisten.) Die Mißerfolge, die die Regierung nicht nur in der inneren Wirtschaft- und Finanzpolitik, sondern auch in der Außenpolitik erlitten hat, haben das Volk zu einer immer härteren Opposition gegen diese Regierung gebracht. (Sehr wahr! bei den Nationalsozialisten.) Wir haben uns gegen den Damesplan und die übrigen Tributpläne gewehrt. (Auf der linken Seite herrscht so große Unruhe, daß Dr. Goebbels, der heute viel leiser als gewöhnlich spricht, nur schwer das Geräusch der Unterhaltung überhören kann. Einige Nationalsozialisten rufen nach links hinüber: „Ruhe! Ruhe! Ruhe!“) Präsident Löbe ersucht wiederholt um Ruhe.)

Abg. Dr. Goebbels protestiert in seinen weiteren Ausführungen gegen die Notverordnungspolitik und vor allem gegen die Verbote nationalsozialistischer Zeitungen. Dr. Brüning habe erfahren müssen, daß man mit dem Artikel 48 alles machen könne, nur kein Geld. Gegen nationalsozialistische Abgeordnete habe man ganz ungerechtfertigte Redewörter erlassen. Nationalsozialistische Anhänger seien in großer Zahl ermordet worden, ohne daß die Täter ermittelt und bestraft wurden. (Hört, hört! rechts.) Angefaßt wird zu Wort nach. (Zuschauer gegen die Nationalsozialisten gehen.) Der Berliner Polizeipräsident hat es gewagt, von dem Führer der größten deutschen Volksbewegung zu sagen, es sei nicht zu verstehen, warum Adolf Hitler noch nicht mit der Sündenfahne aus Deutschland hinausgejagt worden sei. (Minutenlang anhaltende laute Entrüstungsgeschreie bei den Nationalsozialisten.) Warum verweigert die Welt die Reparationskonferenz und die übrigen internationalen Entscheidungen immer wieder? Weil Sie, Herr Reichskanzler, der Welt keine Alternative bieten! (Beifall bei den Nationalsozialisten.) Weil man mit Ihnen, Herr Reichskanzler, keine Verträge mehr machen will, weil man im Ausland weiß, daß Sie der Mann von gestern sind und daß der Mann von morgen erst kommt. (Lebhafte Beifall bei den Nationalsozialisten.)

Im Innern verschärfen sich die Gegensätze mehr und mehr. Die politischen Fronten marschieren in erbitterter Feindschaft gegeneinander auf und die Gefahr eines latenten Bürgerkrieges wächst von Tag zu Tag mehr. Der Reichskanzler hat bei seinem Amtsantritt erklärt, erst die Finanzen sanfteren und dann die großen außenpolitischen Fragen in Angriff nehmen zu wollen. Diese These war von vornherein ein Fehlschlag, sie verwechelte Ursache und Wirkung. Die Finanzen sind in Unordnung, weil sie ewig durch eine Teubtpolitik bedroht wurden. Es ist ein Irrtum zu glauben, man könne eine effiziente Außenpolitik betreiben ohne ein geschlossenes, einig und einträchtiges Volk hinter sich zu haben. (Beifall bei den Nationalsozialisten.) In der Außenpolitik hat die Reichsregierung eine katastrophale Niederlage nach der anderen in nie absehendem Ausmaß erlitten. Es bestand im September 1930 die Möglichkeit, eine nationale Regierung anzubahnen. Diese Möglichkeit habe die Regierung Brüning unterbunden. Die Nationalsozialisten haben das Recht, von der Regierung Rechenschaft zu verlangen über das, was sie verbrochen und was sie geleistet hat. Dem Reichspräsidenten von Hindenburg, dessen Postuliert in sieben Jahren den Vorbestand des Systems ermächtigt hat, wolle der Reichskanzler Dr. Brüning die Amtszeit mit unserer Hilfe verlängern. Wir, die wir immer als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt worden sind, sollten nun auf einmal auf einen Fuß, diesen System aus der Vergangenheit zu helfen. Das lehnen wir ab. Wenn Reichspräsident von Hindenburg unsere Hilfe für seine Wiederwahl in Anspruch nehmen will, dann muß er sich gefallen lassen, daß wir die von ihm verantwortete Politik überprüfen. Wir haben vor sieben Jahren Hindenburg gewählt, weil er der Sache des nationalen Deutschland dienen wollte. Er hat das Gegenteil getan. (Unruhe, Rufe: „Anerhö!“ aus der Deutschen Volkspartei.) Den Aufruf des sogenannten Sach-Ausschusses (Lachen rechts) hat auch der Industrielle Böhm unterzeichnet, der im April 1925 in der „Frankfurter Zeitung“ schrieb, die Aufstellung Hindenburgs hätte ihn wie ein Schlag vor den Kopf getroffen, er könne sich nicht helfen, das sei ein Verbrechen an unserem Volk. (Lebhafte Rufe: „Hört-Hört-Rufe bei den Nazis.) Das ist die demokratische Heuchelei, die wir aus Deutschland mit Stumpf und Stiel entfernen wollen. (Beifall.) Nicht die nationalsozialistische Bewegung hat Hindenburg im Stich gelassen, nein, Hindenburg hat die Sache seiner Wähler im Stich gelassen. (Lebhafte Beifall rechts.) Er hat sich einseitig auf die Seite der Mitte und der Linken gestellt. (Lebhafte Rufe bei der Volkspartei: „Das ist ganz unerhö!“) Für seine Wahl wird jetzt die Berliner Abspaltarmee und die Partei der Deserteure.

Diese Worte, die der Redner mit einer Handbewegung zu den Sozialdemokraten bezieht, rufen stürmische Krämpfe hervor. Die Nationalsozialisten rufen minutenlang Beifall und rufen Heil! Von den Sozialdemokraten kommen stürmische Pro-

testrufe: „Dieser Kriegsdrückeberer will Kriegsteilnehmer beschimpfen!“

Präsident Löbe fragt den Redner, ob er tatsächlich die sozialdemokratische Partei, in der sich viele Kriegsteilnehmer und Kriegsoberste befinden, als Partei der Deserteure bezeichnen wolle.

Abg. Dr. Goebbels antwortet darauf nicht und lehnt dann — während der laute Streit zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten sich fortsetzt — die Zurücknahme seiner Bemerkung ab.

Darauf erteilt ihm Präsident Löbe unter großer Anruhe des Hauses einen Ordnungsruf.

Als Dr. Goebbels dann seine Rede fortsetzt, kommen immer wieder von Sozialdemokraten laute Rufe: „Wir Kriegsteilnehmer lassen uns von diesem Heimgelager nicht beschimpfen!“

Als auf die Vorstellungen des Präsidenten einen Augenblick Ruhe eintritt, erklärt der Redner: Es ist mir bekannt, daß aus dem Reichstagsbüro der Sozialdemokraten eine Denkschrift herausgegangen ist, in der gesagt wird, daß der Landeserrat kein Verbrechen sei. (Erneuter großer Lärm bei den Sozialdemokraten.)

Die Sozialdemokraten verlangen stürmisch, daß Abgeordneter Goebbels die Beleidigung zurücknimmt. Ein entsprechender Jurat eines sozialdemokratischen Abgeordneten wird von den Nationalsozialisten mit Hohngelächter beantwortet.

Präsident Löbe ruft wegen solcher Jurate die sozialdemokratischen Abgeordneten Mierendorff, Künzler und Dr. Leber zur Ordnung. Er fügt hinzu, die Beleidigung „Deserteure“ sei durch einen Ordnungsruf gerügt worden, jetzt müsse Dr. Goebbels seine Rede fortsetzen können. Von mehreren Sozialdemokraten wird darauf gerufen: „Erst muß er die Beschimpfung zurücknehmen!“

Als die erregten Zwischenrufe nicht aufhören, unterbricht Präsident Löbe die Sitzung auf eine halbe Stunde.

Unterbrechung der Sitzung — Goebbels ausgeschlossen — Eine stürmische Debatte um den Ausschluß

Nach der Pause, die sich auf eine Stunde ausgedehnt hat, erklärt Präsident Löbe, die Kriegsteilnehmer und Kriegsobersten der sozialdemokratischen Partei hätten einen Ordnungsruf nicht als anstößige Sühne für den Vorwurf „Partei der Deserteure“ betrachtet. Im Kabinettsrat habe sich diese Angelegenheit nicht klären lassen. Dort habe man aus dem Stenogramm der Rede festgestellt, daß Abg. Dr. Goebbels gesagt habe mit Beziehung auf den Reichspräsidenten von Hindenburg: „Es gibt unter uns Nationalsozialisten ein Wort: Sage mir, wer dich löst, und ich werde dir sagen, wer du bist. Hindenburg wird gelöst von der Berliner Asphaltpresse, gelöst von der Partei der Deserteure.“ In dieser Wendung, so fährt der Präsident fort, erblickt der Kabinettsrat eine so schwere Beleidigung des deutschen Staatsoberhauptes, daß darin eine gräßliche Verletzung der Ordnung des Hauses liegt, die die Folge hat, daß Abg. Dr. Goebbels aus der Sitzung ausgeschlossen wird.

Die Ausschließung Dr. Goebbels wird von den Nationalsozialisten mit Protestrufen, von der Mitte und der Linken mit Beifall aufgenommen. Dr. Goebbels verläßt unter Heil-Rufen seiner Parteifreunde den Saal.

Präsident Löbe: Für die Kriegsteilnehmer verschiedener Parteien erhält das Wort der Abgeordnete Kemmer.

Abg. Kemmer (St.P.) kann sich zunächst schwer verständlich machen, da die Nationalsozialisten laut lärmen und dann gemeinsam gleichmäßig summen, wie es in einem früheren Sitzungsabschnitt die Kommunisten errotzt hatten. Abg. Kemmer protestiert im Namen der Kriegsteilnehmer aus den übrigen Reichstagsfraktionen mit Ausnahme der Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutschnationalen gegen die Ausführungen von Dr. Goebbels, der selbst dem Krieg ferngeblieben sei.

Abg. Stubbendorf (Dnt.) erklärt, er habe in dem Lärm nicht klar verstehen können, wen der Abg. Kemmer vertritt. Er nehme deshalb Veranlassung, zu betonen, daß dessen Erklärung für die Kriegsteilnehmer der deutschnationalen Fraktion nicht abgegeben sei.

Abg. Gräß (Kom.) erklärt, die Kriegsooper würden gemeinsam mit dem Proletariat ihre Sache gegen die kapitalistische Kriegspolitik der Sozialdemokraten und der Nationalsozialisten zu verteidigen wissen.

Abg. Straßer (NS.) wird von der Linken mit lebhafter Unruhe empfangen. Der Redner protestiert gegen die unerhörte Gewalttätigkeit, die man gegen den Abg. Goebbels angewendet habe. Auf das Stichwort von der Partei der Deserteure habe sich nur die Sozialdemokratie betroffen gefühlt. (Stürmischer Beifall bei den Nationalsozialisten, Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Dieser Name kann sich niemals auf jemanden beziehen, der bis zum letzten Tage an der Front gestanden hat. Die Sozialdemokratie hat sich gegen Ende des Krieges durch die gewollte Herbeiführung des Zusammenbruchs als Partei des Landesverrats demaskiert. (Lebhafte Zustimmung bei den Nationalsozialisten, Lärm bei den Sozialdemokraten und Rufe: „Gehen Sie doch wieder hinaus in den Krieg!“) Gewiß, wenn es notwendig wäre, Deutschland zu befreien, ich kämpfe lieber gegen den Feind, als daß ich infolge der marxistischen Brüning-Politik vor Hunger freiere! Mit talmudisch geklauter Spitzfindigkeit hat man aus den Worten des Abg. Goebbels eine



Beleidigung konstituiert wollen. Er hat dabei von einem Vol gesprochen, das kann niemals eine Beleidigung sein. Das sind die letzten Zustände eines unfauligen Systems, das sich unfaulig, sich sonst zu wehren, nur der Mittel brutaler Vergewaltigung bedienen kann (Lebhafter Beifall bei den Nationalsozialisten Große Klänge links und in der Mitte.)

Abg. Dr. Schumacher (Soz.) wendet sich unter dem Vorn der Rechten gegen die Ausführungen von Dr. Goebbels. Goebbels sei kein Politiker, sondern ein kümmerliches kleines Heuklein, der nur vom dauernden Appell an den inneren Schweinehund im Menschen lebe. Er und seine Partei haben es zwar verstanden, die Dummheit zu mobilisieren, aber schließlich werde die Dummheit nicht in Deutschland verbleiben. Für den Geist der Nationalsozialisten sei es bezeichnend, daß der Nationalsozialist Feldmann-Henzen für fünf Jahren Zuchthaus wegen Spionage zugunsten Frankreichs verurteilt werden mußte.

Abg. Künzler (Soz.) weist die Behauptung zurück, daß er Deserteur gewesen sei. Er habe vielmehr an der Westfront gekämpft. — Daraus wird die Aussprache fortgesetzt.

Abg. Ulbricht (Kom.)

erklärt, das deutsche Proletariat werde weder Hindenburg noch die Kandidaten des Faschismus wählen. Abg. Ulbricht stellt fest, daß der Reichstag im Zeichen imperialistischer Kriegspolitik stehe. Der kommunistische Kandidat Thälmann vertrete den Kapitalisten und Imperialisten gegenüber das werktätige Volk, das sich von den Sozialdemokraten längst abgewandt habe. Die Sozialdemokratie drücke sich sogar vor der Grönerischen Reichspolitik mit ihrer Kapitalbegünstigung. Neben Sowjetrußland und Sowjetchina müsse auch ein Sowjetdeutschland erkämpft werden.

Abg. Waltrusch (Volksozt.)

erklärt, daß seine Gruppe nach wie vor trenn zu Hindenburg stehe. Die Nationalsozialisten haben seinerzeit nicht Herrn von Hindenburg gebittet, sondern sie haben sich seinerzeit gegen ihn erklärt, als wir vom Jungdeutschen Orden ihn in der entscheidenden Sitzung auf den Schild erhoben. Andere Teile der nationalen Opposition haben sich vom Kapital und eigenen Machtzwecken bestimmen lassen, jetzt Herrn von Hindenburg die Treue zu brechen. Wir aber stehen zu ihm, weil wir in ihm den besten Garant für die Sicherung der nationalen und christlichen Ordnung in Deutschland sehen. Wir wissen, wie sinnlos die Lage ist, daß der Reichspräsident unter dem Einfluß seines Sohnes und des Staatssekretärs Reihner sich politisch gewandelt habe. Wir wissen, daß er sich trenn geblieben ist, wir kennen ihn als einen Mann von sozialer Gesinnung. (Die weiteren Ausführungen des Redner werden wiederholt durch nationalsozialistische Zwischenrufe unterbrochen. Abg. Ves (NS.) erhält deswegen zweifache Ordnungsrufe.) Abg. Waltrusch spricht bei der Erörterung der außenpolitischen Vorgänge die Erwartung aus, daß der Völkerbund energisch vorgehen möge gegen den Versuch Litauens, die Autonomie des Memellandes zu unterdrücken. Die Nationalsozialistische Reichsvereinigung wende sich gegen die Bestrebungen derjenigen, die die jetzige Notzeit benutzen, um in demagogischer Weise das Volk aufzuwachen und auf der anderen Seite die Gewerkschaften zu bekämpfen. Nach der Lohnsenkung müsse die Regierung mit größter Nachdruck die Preisfestsetzung, Pacht- und Mietfestsetzung betreiben. Mit der Lohn- und Gehaltsfestsetzung müsse jetzt Schluss gemacht werden.

Weiterberatung Mittwoch 12 Uhr.

Mittrauensantrag der Deutschen Volkspartei

Berlin, 23. Febr. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat den Beschluß gefaßt, ein Mittrauensvotum gegen das Reichskabinett einzubringen und bei der Abstimmung Fraktionszwang auszuüben. Die Deutsche Volkspartei wird ihren Antrag mit einer besonderen Erklärung einbringen, in der die selbständige oppositionelle Stellung der Partei hervorgehoben wird.

Deutschnationale Anträge im Reichstag

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat jetzt die bereits angeforderten Anträge im Reichstag eingebracht. Es handelt sich um einen Mittrauensantrag gegen die Reichsregierung, sowie weitere Mittrauensanträge gegen den Reichswehr- und Reichsinnenminister Dr. Gröner und gegen den Reichsfinanzminister Dietrich. In einem weiteren Antrag wird der Reichspräsident ersucht, den Reichstag aufzulösen.

Nationalsozialistischer Antrag zur Präsidentenwahl

Im Reichstag haben die Nationalsozialisten einen Antrag eingebracht, der die Reichsregierung ersucht, die politische Benennung des Kandidaten im Reichspräsidentenwahlkampf insbesondere durch Kandidaten zu verbieten und auch selbst zu unterlassen. Im Falle der Ablehnung dieses Antrages wird verlangt, daß die Werbung für die Kandidaten zur Reichspräsidentenwahl durch den Rundfunk gleichmäßig, ohne Ansehen der Partei und Person des Kandidaten unansehen werden.

Immer noch Reichspräsidentenwahl!

Goebbels bestätigt nochmals die Aufstellung Hitlers zum Präsidentschaftskandidaten

Berlin, 23. Februar. In einer nationalsozialistischen Versammlung im Sportpalast erklärte Dr. Goebbels, er sei von Hitler ermächtigt, in aller Form mitzuteilen, daß seine getreue Mitteilung über die Aufstellung Hitlers zum Präsidentschaftskandidaten mit dessen Wissen geschehen sei. — Von dem Versammlungsleiter wurde ferner mitgeteilt, daß Goebbels seine im Reichstage unterbrochene Rede im Sportpalast zu Ende führen werde.

Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion hielt in den Mittagsstunden unter Leitung des Fraktionsführers Abg. Dr. Fric eine Sitzung ab, an der zusammen mit den drei Beisitzenden Abg. Dr. Wendhausen, von Sybel und Sieber, die früher der Landvolkfraktion angeschlossen, 108 Mitglieder der Fraktion teilnahmen. Es fehlten lediglich der erkrankte Abgeordnete Absorbnets Stäbe und der ebenfalls erkrankte Abg. Roth-Vielhöbsheim. In der Sitzung nahm Dr. Fric zur politischen Lage und auch zur Reichspräsidentenwahl Stellung. Die Aufstellung des Kandidaten des obersten Parteiführers Hitler wurde von der Fraktion mit förmlichem Beifall begrüßt. Dr. Fric betonte, daß die Formalkriterien der Einbürgerung demnächst erledigt werden würden. Er wies dabei auch darauf hin, daß sich nach nationalsozialistischer Auffassung Hitler auch schon allein durch seine tüchtige Teilnahme an den Frontkämpfen des Weltkrieges im deutschen Volk die deutsche Staatsangehörigkeit erworben habe.

In der Aussprache wurde im einzelnen erklärt, daß die Fraktion mit allen Mitteln gegen die in Aussicht genommene Gefährdung der Reichspräsidentenwahl vorgehen und Forderungen auf Befestigung der gesamten Ministerpositionen ausstellen wird. In Anbetracht der Notlage des Volkes werde es auch notwendig sein, die übrigen Positionen auf die Höchstgrenze von 12 000 Mark zu beschränken. Im übrigen wurde gegen jede Beschränkung der Wahlfreiheit Stellung genommen, die jetzt noch in den verschiedensten Reichsgebieten zu beobachten sei. Als zweites Redner der Fraktion wird voraussichtlich der Abg. Rosenfeld zu außenpolitischen Fragen Stellung nehmen.

Aufruf der Deutschnationalen und des Stahlhelms

Berlin, 23. Febr. Die Deutschnationale Volkspartei und der Stahlhelm veröffentlichen gemeinsam einen Aufruf zur Reichspräsidentenwahl, in dem es u. a. heißt: Ein neuer Entscheidungskampf um die deutsche Zukunft hat begonnen. Es geht in ihm um die Aufrechterhaltung deutscher Arbeit und Wirtschaft, um Arbeitsfreiheit und Wehrhoheit, um die Befreiung Preußens von marxistischer Herrschaft und um die Befestigung eines unerzähllichen Vaterlandsgewissens. Der Kampf gilt dem Faschismus und dem Geiste des 9. November.

Getreu den in Darsburg gegebenen Parolen haben sich die Deutschnationale Volkspartei und der Stahlhelm zu enger Kampfbereitschaft für die Reichspräsidentenwahl und die ihr folgenden Entscheidungen in einem schwarz-weiß-roten Kampfblock zusammengeschlossen. Als Kandidaten für den ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl haben sie den Stahlhelmführer Dürkerberg aufgestellt. Mit ihm tritt ein Führer der vaterländischen Wehrbewegung in die Schranken, dessen unerwähnte, von sozialem Fronteinst getragene Arbeit stets dem Ziel der politischen und wirtschaftlichen Freiheit Deutschlands gewidmet war.

Die Aufstellung Hitlers und Dürkerbergs als Kandidaten der harzburger Front wird von der „Germania“ als ein Zeichen dafür gewertet, daß diese Bewegung nur so lange eine Einheit sei, als es gelte, Opposition zu machen.

Der „Vorwärts“ bezeichnet die Kandidatur Dürkerbergs als die „schwächste Wahlkandidatur, die es überhaupt gebe“. Die Kandidatur Hitlers zeige, daß der Nationalsozialismus alles auf die Karte der Reichspräsidentenwahl lege.

Die „D.F.Z.“ schreibt, bei aller Sympathie für den nationalen Schwingen und die politisch-organisatorische Gestalt, die sich an den Namen Hitler knüpfen, verhehlen wir die härtesten Bedenken gegen seine Kandidatur nicht. Sein Sieg, an den wir nicht glauben, ebenso seine Niederlage, die uns wahrscheinlich scheint, bedeuten schwere Belastungen für die Nation.

Der Aufruf des Grafen Westarp

zur Reichspräsidentenwahl

Berlin, 23. Febr. Graf Westarp überläßt der Öffentlichkeit einen Aufruf zur Reichspräsidentenwahl, der folgenden Wortlaut hat:

„In der Stunde des Entscheidungskampfes um Deutschlands Wehrhoheit und Arbeitsfreiheit hat Generalfeldmarschall von Hindenburg sich entschlossen, noch einmal die schwere Bürde des Reichspräsidenten anzunehmen. Hindenburg verkörpert uns deutsche Gotteskraft und Treue im Dienste des Vaterlandes eiserne Pflichtbewußtheit und deutsches Soldatenstum. Ehrfurcht vor der eigenen Geschichte gebietet dem deutschen Volke, vor jeder Partei inneren Machtkampf und Streit der Parteien Schweigen zu lassen. Hindenburg verkörpert dem Auslande das Deutsche, das es ehrt und achtet und an dessen Zukunft es glaubt. Das deutsche Volk schuldet ihm Dank, daß es ihn in dem entscheidenden Ringen um seine Befreiung einsehen darf. Hindenburg verkörpert des deutschen Volkes Einigkeit, für die er als treuer Führer seine Stimme erhebt. Sein Name soll bei der Wahl des Staatsoberhauptes die alte deutsche Schwäche innerer Zerissenheit überwinden helfen und der Welt beweisen, daß Deutschland einig ist im Kampf für Dasein, Freiheit und Ehre der Nation!“

Der Aufruf trägt über 400 Unterschriften führender Persönlichkeiten, darunter höhere Offiziere und Kriegskommandanten des Generalfeldmarschalls, Vertreter der ideologischen Wissenschaft und Geisteskräfte, der Universitäten und Technischen Hochschulen, bekannte Schriftsteller, hohe Beamte der Post- und Reichspostzeit, Führer der Wirtschaft, der christlichen Arbeiterbewegung und der Landwirtschaft und führende deutsche Frauen.

Graf Westarp hat die Unterschriften gesammelt um einem solchen empfindenen Wunsch entsprechende rechtserhebenden Persönlichkeiten, die bereits im Jahre 1925 zu den Wählern Hindenburgs gehdrt haben, die Gelegenheit zu dem öffentlichen Bekenntnis zu geben, daß sie die Wiederwahl des Generalfeldmarschalls, namentlich im Hinblick auf die außenpolitische Lage, für eine unbedingte vaterländische Notwendigkeit halten.

Was will England in Genf?

London, 23. Februar. Die plötzliche Abreise von John Simon nach Genf 24 Stunden vor dem vorgesehenen Zeitpunkt hat, wie von zuständiger Stelle erklärt wird, ihren Grund darin, daß Simon offiziell von der morgigen Anwesenheit Tardieus und Grandis in Genf Kenntnis gegeben wurde.

Der englische Außenminister wird alles daransetzen, um in den nächsten Tagen die Einstellung der japanisch-japanischen Kämpfe zu erreichen. Die verantwortlichen Londoner Kreise sind der Ansicht, daß der Völkerbund eine schwere Einbuße an Prestige erleiden würde, wenn es ihm nicht gelänge, den Konflikt im Fernen Osten zu lösen.

Von unterrichteter britischer Seite wird weiter betont, daß Reparationen und Kriegsschulden eng miteinander verknüpft seien und die britische Politik darauf abziele, eine endgültige Lösung beider Fragen zu suchen. Es wird anerkannt, daß eine befriedigende Neugestaltung des Reparationsproblems die unmittelbare und dringende Aufgabe des Tages ist.

In diesem Zusammenhang weist man auf die jüngste Vereinbarung der sechs Mächte über die Einberufung der Lausanner Konferenz hin, deren Wortlaut, wie man zu gibt, absichtlich in allgemeinen Wendungen gehalten sei, weil man eine präzisere Formulierung zu den Erörterungen selbst nicht möglich hält. Die entgegenkommende Hal-

tung der anderen Mächte muß umso höher gewertet werden, als diese Staaten vor Wahlen stehen und man vorher von ihnen keine strenge Festlegung auf eine bestimmte Haltung erwarten konnte.

Alles in allem ist man der Ansicht, daß die Aufgabe gewaltig sei, wenn man auch hoffe, sie dank der engen Beziehungen zwischen allen beteiligten Mächten und dank der „fairen und freimütigen Haltung Deutschlands“ bewältigen zu können. Den Zusammenhang zwischen Reparationen und Kriegsschulden schließlich würde man gleichfalls lösen können, wenn Europa in der Lage sei, eine vernünftige Regelung der Reparationsfrage zu finden, die, wie man erwarten müsse, die augenblickliche Lage ändern wird.

Was endlich die Abrüstungsfrage anlangt, so wird, wie man erklärt, die britische Regierung alles daran setzen, um der Konferenz zum größtmöglichen Erfolg zu verhelfen. Vor allem denkt man dabei an eine Bestrebung der Beschränkung der Militärausgaben, um dadurch eine weitere Kontrolle über die Einschränkung der effektiven Militärkräfte und Rüstungen zu haben.

Vom Krieg im Osten

Schanghai, 23. Febr. Ueber Schanghai, wo ausgedehnte Brände wüten, kamen dichte Rauchwolken. Dienstag vormittag überflogen 8 japanische Flugzeuge den Flusslauf Sunan 16 Kilometer westlich der internationalen Niederlassung, und warfen Bomben ab. Sämtliche chinesischen Flugzeugstationen erlitten in Brand. Alle darin untergebrachten Flugzeuge wurden vernichtet. Ein halbamtlicher japanischer Bericht besagt, daß die Chinesen während der Nacht nördlich von Kiangwan eine flankierende Bewegung ausführten, worauf sich schwere Kämpfe entwickelten. Die Japaner geben zu, daß sie 20 Tote und 80 Verwundete verloren haben und sich zurückzögen. — Die Chinesen rechnen mit einjähriger Kriegsdauer.

Chinesischer Erfolg bei Kiangwan

Schanghai, 23. Febr. Es bestätigt sich, daß die Chinesen gegen die nördlich von Kiangwan vorrückenden Japaner einen Sieg errufen haben. Die Chinesen überschritten in einer flankierenden Bewegung den Wujaanbach und eroberten das Dorf Wiaohongshen nordwestlich von Kiangwan zurück. Die Japaner leiteten ihre verzweifelten Anstrengungen auf Kiangwan fort, aber die Chinesen hielten das wieder angenommene Gelände.

Die japanische Niederlage bei Kiangwan

Schanghai, 23. Februar. Die Japaner gingen unter dem Schutze eines dichten Rauchschleiers gegen Stangwan vor. Der heftige Angriff ihrer Infanterie wurde durch das mörderische Feuer der chinesischen Maschinengewehre, die in die Rauchschwaden hineinschossen, aufgehalten. Die Japaner erlitten dabei beträchtliche Verluste. Die schon stark gelichteten japanischen Truppen versuchten darauf, die chinesischen Verteidigungsstellungen im nordwestlichen Kampfabschnitt in einem Sturmangriff zu nehmen, aber die Chinesen wichen nicht von der Stelle. Die Japaner nahmen schließlich ihre Truppen, die starke Verluste erlitten haben, zurück. Es scheint, daß die japanischen Streitkräfte jetzt sämtlich in die Kämpfe verwickelt worden sind und daß sie keine Reserve mehr zur Verfügung haben. Die japanischen Einwohner von Schanghai sind aufgefordert worden, sich zur Abreise nach Japan bereitzuhalten.

Der chinesische Flugplatz Sutschau zerstört

Schanghai, 23. Febr. Was das Oberkommando der japanischen Flotte betrifft, haben japanische Flugzeuge den Flugplatz Sutschau an der Eisenbahn Schanghai-Kantung durch Bomben zerstört.

„China geeinigt“

Schanghai, 23. Februar. Die Führer der Kanton-Regierung haben heute einen Aufruf an das chinesische Volk erlassen, in dem sie erklären, daß sie in dieser Schicksalsstunde Chinas ihren Kampf gegen Nanjing aufgeben. Sie stellen ihre Truppen in den Dienst der chinesischen Republik und erwarteten, daß es jeder Chinese als nationale Pflicht betrachte, die japanischen Truppen zu bekämpfen. Es gehe jetzt nicht um das Schicksal Schanghais, sondern um das Schicksal Chinas. Der Aufruf ist von sämtlichen Führern der chinesischen Nationalbewegung in Kanton unterzeichnet.

Die französische Regierungserklärung

Paris, 23. Febr. Die Regierungserklärung, die Tardieu in der Kammer und Justizminister Regnaud im Senat vorlesen hat, betont, daß die französische Forderung der Reparationsfrage keine langen Kommentare erheische, sondern sich zusammenfassen lasse in den Vertragsbegriff, der Verpflichtungen zählt, über die zur Zeit verhandelt wird, der aber die Verleugnung der geleisteten Unterschriften ausschließt. Zur Abrüstungsfrage heißt es in der Erklärung, daß die französische Regierung bisher als einzige der Abrüstungskonferenz gemäß den Arbeiten der Vorbereitenden Kommission eine Gesamtheit von sofort durchführbaren Bestimmungen vorgelegt hat. Die Annahme des französischen Entwurfes würde unverzüglich eine beträchtliche Herabsetzung der Militärausgaben möglich machen (?), die in der ganzen Welt jährlich 110 Milliarden Franken betragen. Frankreich hat das Recht, daran zu erinnern, daß es seit Unterzeichnung des Völkervertrages spontan seine Effektivmilitärkräfte um ein Viertel, die Zahl seiner Divisionen um die Hälfte und die Militärdienstzeit um zwei Drittel herabgesetzt hat.

Ganz Frankreich hat sich über die kürzlich in der Frage der Reparationskonferenz von Lausanne zwischen Laval und England zustande gekommene Einigung gefreut. Frankreich und Großbritannien wünschen beide Frieden durch Recht und wenn sie einsig sind, ist dies die beste Bürgschaft für den Frieden, wie sie das Recht. Frankreich wird durch seine traditionellen Freundschaften und durch die vertrauensvollen Beziehungen, die es mit den anderen Nationen in Europa und außerhalb Europas verbindet, weiterhin der Sache des Friedens dienen, die allen Franzosen am Herzen liegt.

Die Regierungserklärung geht dann auf die Innenpolitik über. Vor den Wahlen, weist es weiter, müsse das Budget verabschiedet werden, im Interesse der französischen Finanzen und der republikanischen Institutionen sei das die erste Pflicht. Die Festlegung des Zeitpunktes der Wahlen innerhalb der vom Gesetz festgelegten Frist ist ein Vorrecht der Exekutivgewalt.



Neues vom Tage

Präsident Vötcher legt sein Amt nieder

Königsberg, 23. Febr. Präsident Vötcher hat ein Schreiben an den Gouverneur des Reichsgebietes gerichtet: „Die Verhandlungen des Völkerverbundes haben ergeben, daß es noch Monate dauern kann, bis eine Entscheidung darüber fällt, ob der Gouverneur das Recht hat, den Präsidenten des Direktoriums abzurufen oder nicht. Es liegt im Interesse des Reichsgebietes, daß möglichst bald ein dem Statut entsprechendes Direktorium in Tätigkeit tritt. Um mit meiner Person keine Hindernisse für etwaige Verhandlungen der Mehrheitsparteien über ein neues Direktorium zu bilden, erkläre ich, daß ich mein Amt als Präsident des Direktoriums niederlege.“

Aus der Abstraktionskonferenz

Genf, 23. Febr. In der heutigen Vollziehung der Abstraktionskonferenz sprachen die Vertreter der vier lateinamerikanischen Staaten Guatemala, Venezuela, Bolivien und Kolumbien. Sie wiesen darauf hin, daß die friedliche Streitfähigkeit für ihre Länder die Richtschnur des außenpolitischen Handelns bilde.

Aus Stadt und Land

Mittwoch, den 21. Februar 1932

Matthias bricht's Eis hat er keins, so mocht er eins. Es ist ein alter Volkspruch, geprägt für den 24. Februar, den Tag des heiligen Matthias. Ist um diese Zeit nicht mehr viel Eis vorhanden, dann gilt wohl eher der andere Spruch: „Nächst zum Matthias schon der Star, gibts ein eisernes Jahr“. Es kann aber auch der Fall sein, daß „Wenn Matthias kein Eis hat, Georgii oft noch Schnee bringt“.

Handelskammerung. In der letzten Sitzung der Handelskammer Calw vom 19. ds. Mts. wurde zunächst das Wahlergebnis festgestellt, das beinahe einstimmig die Wahl der Herren Bähler-Freudenstadt, Dreßl jr.-Calw, Reichhammer-Herrenberg und Schmid-Ragold gestellte. Die Wahl hat zu keinerlei Beanstandung geführt. Es wurde dann zum Vorsitzenden der Kammer wie letzter Herr Direktor Erwin Sonnwald-Calw und als sein Vertreter Herr Carl Schmid-Calw gewählt. Der Vorsitzende brachte den Herren Eugen Dreßl jr.-Calw und Otto Böhringer-Freudenstadt, die aus der Kammer ausgeschieden waren und sich nicht mehr zur Wahl gestellt hatten, den aufrichtigen Dank der Handelskammer für die langjährigen Dienste zum Ausdruck. Nach Ablegung der Kassenabrechnung für 1931 wurde dem Rechner Entlassung erteilt und der Haushalt für 1932 festgestellt. Auch für dieses Jahr wurde beschlossen, wiederum wie schon im vorigen Jahre, eine Umlage von 4 auf das 1000 des Gewerbesteuerkapitals zu erheben. Eine Ermäßigung des Umlagefußes konnte wegen des nicht unerheblichen Rückgangs der Gewerbesteuerkapitalien nicht durchgeführt werden. Immerhin wurde mit Befriedigung festgestellt, daß unsere Kammer eine der am blühendsten arbeitenden ist. — Der Geschäftsführer berichtet zunächst über die verschiedenen Jahresplanänderungen, die für den Jahresplan 1932/33 vorgelegen sind, nachdem einige Tage zuvor die Jahresplanbesprechung der Handelskammer bei der Reichsbahndirektion stattgefunden hatte. Die Reichsbahndirektion hat sich alle Mühe gegeben, trotz des harten Zurückgangs des Verkehrs den Jahresplan so weit wie möglich aufrecht zu erhalten. Ob nicht eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage auch einen weiteren Anstieg der Zugleistungen bringen wird, muß natürlich dahingestellt bleiben. Erfreulicherweise bleiben die Ragoldbahnneiglinge im Sommerfahrplan erhalten, und es besteht einigermaßen Aussicht, daß sie auch im Winterfahrplan, wenigstens Samstags und Sonntags, gefahren werden können. Die seitherigen Saisonneiglinge werden künftighin als Einzige verkehren. Das erscheint nicht als ungünstig, da die Verbilligung dieser Züge durch Wegfall des Schnellzugzuschlags von gutem Einfluss auf ihren Besuch sein dürfte. Leider hat sich bisher eine Verbesserung des Verkehrs vom Redar in das Ragoldtal am Nachmittag und Abend nicht erreichen lassen. Die Anregung, den letzten Zug von Eutingen nach Calw eine halbe Stunde früher dort abfahren zu lassen, wurde von der Handelskammer einstimmig abgelehnt, da damit für Ragold und für das obere Ragoldtal der Anschluss an den Abendzug von Stuttgart nach Eutingen verloren gegangen wäre. Bei der schlechten wirtschaftlichen Lage sind natürlich besonders die am geringsten besetzten Früh- und Spätzüge am meisten gefährdet. So ist jetzt auch von der Reichsbahndirektion eine Späterlegung des ersten Zugs von Forzheim nach Eutingen vorgeschrieben, wonach im Winter der erste Zug von Forzheim abfahren soll 6:48 Uhr, Calw an 7:40 Uhr, Eutingen an 8:42 Uhr. Der Zug hat nach Immendingen, Freudenstadt und Eutingen günstige Anschlüsse. (Er hätte aber auch den großen Nachteil für Ragold und das obere Ragoldtal, daß die beste Vormittagsverbindung mit dem Eizing, Eutingen ab 8:01 Uhr, Stuttgart an 9:05 Uhr, nutzlos würde. Für das obere Ragoldtal ist es im Winter die einzige Zugverbindung, mit der man vormittags in Stuttgart sein kann, weshalb wir allen Grund haben, gegen die Späterlegung des ersten Zugs von Forzheim nach Eutingen mit allen Mitteln anzukämpfen.) Die Schrittleitung. Den Wünschen auf der Allensteiger Bahn wurde (sonst) so gut als möglich Rechnung getragen. Für Freudenstadt und Eutingen bleibt es beim alten Fahrplan. Es wäre nur zu hoffen, daß dieser Fahrplan auch wirklich das ganze kommende Fahrplanjahr ausgeführt werden kann. — Auch in dieser Sitzung fand die wichtige Lage des Holzgewerbes, insbesondere der Holzindustrie, wieder eine rege Besprechung. Es soll nochmals versucht werden, mit Unterstützung des Wirtschaftsministeriums den stärksten Schädigungen des Auslandes zu Leibe zu gehen. Der württ. Wirtschaftsminister hat schon auf einer Tagung in Freudenstadt erklärt, daß alle seine lebhaften Bemühungen in dieser Richtung infolge des geringen Verständnisses in Berlin für die Wichtigkeit des Holzhandels und der Holzindustrie in Süddeutschland erfolglos geblieben seien. — Immer wieder kommen Klagen an die Handelskammer über die schädigenden Auswüchse im Wandergewerbe. Es ist nicht zu verstehen, daß das Wirtschaftsministerium auch in dieser Frage dem Einzelhandel lebhaftes Verständnis entgegenbringt. Aber immer wieder tauchen neue Versuche im Wandergewerbe auf, die geeignet sind, den Einzelhandel sowohl als das Publikum zu schädigen. In neuester Zeit besonders ist damit begonnen worden, auf freien Plätzen und Straßen innerhalb der Städte und Dörfer die Waren vom Kraftwagen aus zu verkaufen. Es wäre wünschenswert, wenn die Gemeinden diese Art des Handels dadurch unterbinden würden, daß sie polizeiliche Vorschriften gegen die Benutzung öffentlicher Straßen und Plätze für den Warenverkauf erlassen werden. — Schon seit langer Zeit kämpfen die Handels-

kammern gegen die Betätigung der öffentlichen Hand im Wirtschaftsbereich. Der württ. Wirtschaftsminister hat auch hierin der Auffassung der württ. Wirtschaft Recht gegeben, indem er erklärt hat, daß er es nicht billigen könne, wenn der Staat Privatunternehmungen Konkurrenz zu machen versucht. Trotzdem hat der württ. Staat in Wildbad einen Brunnenbetrieb zur Verfertigung von sogenanntem Wildbader Sprudel aufgenommen. Man sollte meinen, daß der württ. Staat nach den vielen Erfahrungen, die er bei anderen Unternehmungen gehabt hat (z. B. Zura-Deckschieferwerk) in Zeiten abnehmender Konjunktur und größeren Geldmangels nicht daran denken würde, das Risiko neuer industrieller Unternehmungen einzugehen. Es wäre wünschenswert, daß der neue Betrieb so bald als möglich wieder eingestellt wird.

Calw, 23. Febr. In der gestrigen Hauptversammlung des Bezirks-, Handels- und Gewerbevereins gab der Geschäfts- und Kassenbericht keine Beanstandung. Die Wahl des Vorstandes führte zu längeren Verhandlungen. Der jetzige, um den Verein hochverdiente, langjährige Vorstand, Maschinenmeister Heinrich Cjijig, wollte von seinem Amt zurücktreten. Die Versammlung wollte aber davon nichts wissen, so daß am einmütigen und dringenden Wunsch der Vorstand eine Wiederwahl auf 2 Jahre annahm. Die übrige Tagesordnung wurde glatt erledigt. — In der sich anschließenden Generalversammlung des Fremdenverkehrsvereins erstattete Bürgermeister Göhner einen eingehenden Bericht über die Tätigkeit des Vereins im vergangenen Jahr. Die freiwilligen Sammlungen ergaben 600 Mark. Die Stadtkasse gibt einen Beitrag von 1000 Mark. Die Erfolge im letzten Jahr waren trotz der ungünstigen Witterung nicht unbefriedigend. Der Verein wird auch im laufenden Jahr im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel den Fremdenverkehr zu fördern suchen.

Wildbad, 22. Febr. Beim Langholzführen verunglückte am Samstag nachmittag das Gespann eines auswärtigen Fuhrwerksbesizers. Bei der Abfahrt aus Abtragung Loubadstraße kam im Ellenloch des Fuhrwerks ins Rutschen, wobei ein Pferd unter den Wagen geriet und sofort getötet wurde, während das zweite, zwar schwer verletzte Pferd dank raschen Eingriffes durch Stadtarzt Dr. Bühler voraussichtlich gerettet werden kann.

Calmbach, 22. Februar. (Schultheißenamtsbewerber.) Anlässlich der am Sonntag, den 6. März stattfindenden Bürgermeisterwahl war am letzten Sonntag Bewerbervorstellung in den beiden Sälen des Gasth. zum „Bahnhof“ und „Anker“. Der Gemeinderat hat von 21 Bewerbern 8 bzw. 9 erwählt, sich vorzustellen. Da zwei nicht Aufgeborene auf eine Vorstellung nicht verzichteten, waren es somit 10 bzw. 11 Bewerber, denn auch der jetzige Bürgermeister muß, um seiner Pensionsansprüche nicht verlustig zu geben, sich erneut zur Wahl stellen. Es sprachen dann in der Reihenfolge, wie sie vom Gemeinderat ausgelost wurden, die Herren: Karl Heck, Gemeindepfleger in Birkenfeld; Richard Schäfer, Ratsschreiber in Stuttgart-Juffenhäuser; Emil Schaefer, Rechnungsrat in Taillingen; Ottmar Schweizer, Ratsschreiber in Calmbach; Reinhold Seeber, Bürgermeister in Murr; Johann Korch, Obersekretär in Rottweil; W. H. Kuhn, Dr. jur., Rechtsanwalt in Ludwigsbühl; M. Baumann, Volkswirt in Ludwigsbühl; Oskar Lang, Stadtphysiognom in Ebingen war infolge eingetretener Grippe am Kommen verhindert; Otto Moser, Obersekretär in Markgröningen war infolge plötzlich eingetretener Unwohlseins im „Anker“ zu sprechen verhindert. In der am Schluß der Woche stattfindenden Bürgerversammlung wird die Entscheidung getroffen werden, wer für die engere Wahl in Betracht kommen wird.

Laufen, 23. Febr. Die hiesige Gemeindefestung mit einem Gebiet von rund 1000 Hektor wird an den seit herigen Pächter R. K. König unter der Hand auf sechs Jahre zum jährlichen Pachtpreis von 300 Mk. vergeben. Der seitherige Pachtpreis von 430 Mk. wäre heute zu teuer.

Stuttgart, 23. Febr. (Vom Stahlhelm.) In den letzten Wochen hat die Stahlhelmarbeit im Gau Stuttgart erhebliche Fortschritte gemacht. Der Stahlhelm-Gau Stuttgart, der vor einem Jahr aus drei Ortsgruppen bestand, ist wie uns mitgeteilt wird, heute auf 40 Ortsgruppen und Kameradschaften angewachsen.

47 500 Stellenjuchende. In der Arbeitsmarktlage des Arbeitsamtsbezirks Stuttgart hat sich auch in der ersten Hälfte des Monats Februar der Rückgang des Beschäftigungsgrades fortgesetzt. Am Ende der Berichtszeit waren 47 500 Stellenjuchende vorgemerkt. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ist um 2027 gestiegen, ihr Stand beträgt 24 008. Auf Groß-Stuttgart entfallen 15 462.

Frühjahrsstagung des Landw. Hauptverbands. Die diesjährige Frühjahrsstagung des Landw. Hauptverbands Württemberg-Hohenzollern, die Sitzung des Landesauschusses des Verbands, findet am kommenden Samstag, den 27. Februar d. J., im Festsaal des Hindenburgbaues in Stuttgart statt.

Stiftung. Die Wanderer-Werke A.-G. in Schönauehemm, die Fabrikationsstätten der Wanderer-Automobile, Fahrräder, Werkzeugmaschinen und Kontinentalschreib- und Buchungsmaschinen, haben im Hinblick auf ihre seit Jahrzehnten bestehenden guten Geschäftsbeziehungen zum Lande Württemberg zugunsten der Schloßbrandhilfe 4000 RM gestiftet.

Ehlingen, 23. Febr. (Töblicher Sturz.) Ein 56-jähriger Rentner in der Heilmühle Redarhalde fiel in keiner Behausung die Treppe herunter und erlitt einen schweren Schädelbruch. Er starb auf der Fahrt ins Krankenhaus.

Ehlingen, 23. Febr. (Brand in der Maschinenbauhalle.) Gestern mittag brach im Physikalischen Maschinenbauhalle infolge Kurzschluss Feuer aus, das eine starke Rauchentwicklung zur Folge hatte. Die Weckerlinie war schnell zur Stelle und in ganz kurzer Zeit des Brandes Herr.

Kornthal, 23. Febr. (Todesfall.) In der Nacht zum Samstag starb hier unerwartet rasch der Bundesvorsitzende des Württ. Evang. Jungmännerbundes, Pfarrer Paul Heim. Seit 1914 leitete er das evangelische Jungmännerwerk und war als treuer Freund und Berater, als Führer und Förderer des großen Werks in weiten Kreisen geschätzt.

Kingshauit O.A. Biberach, 23. Febr. (Mit der Mistgabel erstickt.) In der Nacht vom Sonntag auf Montag wurde der Handwerksburische Klemens Heß von dem bei Landwirt Schick beschäftigten Stallschweizer Jakob durch Stiche mit der Mistgabel schwer verletzt. Der Stallschweizer verzug darauf den Schwerverletzten, aber noch lebenden Handwerksburischen in einem Düngerhaufen, wo er erstickte. Nur durch Zufall wurde die Leiche entdeckt. Die Gerichtskommission stellte fest, daß der Täter geistesgestört ist. Er wurde in die Heilanstalt Schussenried verbracht.

Oberkirchberg O.A. Raupheim, 23. Febr. (Ertrunken.) Am Sonntag nachmittag fiel der 3-jährige Sohn der Familie Schlexer in An in den Spinnereikanal und ist ertrunken.

Bisingen O.A. Ulm, 23. Febr. (Einbruch ins Rathaus.) Bei einem Einbruch ins Rathaus erbeuteten die Diebe ein Gewehr und eine kleine verschlossene Blechkassette, in der sich einige Sparschneidbäcker, auf kleinere Beträge lautend, befanden.

Vom Ries, 23. Febr. (Schwere Bluttat.) Der Tagelöhner Martin Ziegler in Reimlingen, der mit seiner Familie im dortigen Armenhaus wohnt, hat zwei Handwerksburischen, den 26 Jahre alten Beer aus Amberg und den 36 Jahre alten Joseph Haller aus Gendingen bei Donauwörth, die längere Zeit in einer Gastwirtschaft gezecht und dann bei dem Ziegler vorgeproben hatten, nach vorausgehenden Streitigkeiten und Schimpereien, deren Ursache noch nicht aufgeklärt ist, niedergeschossen. Haller, der seinem Freund Beer zu Hilfe kommen wollte, wurde so schwer ins Herz getroffen, daß er sofort tot war. Beer wurde so schwer verletzt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Ziegler, der eine Familie mit sechs Kindern hat, wurde festgenommen und ins Gefängnis nach Nördlingen eingeliefert. Er ist erst vor 14 Tagen aus dem Gefängnis in Donauwörth entlassen worden, wo er eine mehrwöchige Freiheitsstrafe abgedient hat.

Ueber die Bierauschankpreise!

Der Landesverband der Wirte Württembergs schreibt uns a. a.: Der württembergische Preisüberwachungskommissionar, Polizeipräsident Klüber hat es für notwendig gehalten, die Öffentlichkeit durch die Tagespresse über den Schankpreis des Bieres am Bier auszuklären. In dem Artikel wird behauptet, daß sich der Schankpreis der Wirte am Bier gegenüber der Friedenszeit vervierfacht bzw. verdreifacht hat. Es wird weiter behauptet, die Wirte haben heute am Bierauschank einen reinen Schankverlust von 37 bis 42 Mark. Der Landesverband der Wirte Württembergs als die Berufsvertretung der Gastwirte stellt fest, daß die in dem Artikel aufgestellten Behauptungen unrichtig sind.

Der Einkaufspreis des Spezialbieres, das in Stuttgart wenigstens hauptsächlich zum Ausschank kommt, beträgt heute einschließlich der Staats- und Gemeindesteuern 49 85 Mark für ein Hektoliter. Verkauft wird dieses Bier heute zu 28 Pfennig das 0,3 Liter-Glas. Wenn verlässlich ist, daß beim Ausschank des Bieres ein Schankverlust von 10 Prozent eintritt, der allgemein, sogar vom Finanzamt anerkannt wird, und den also auch Polizeipräsident Klüber anerkennt und so nimmt der Wirt für das Hektoliter Bier 78 Mark ein. Er hat also einen Brutto-Schankverlust von 28,15 Mark oder in Prozenten ausgedrückt rund 36 Prozent. Beim Lagerbier ist die Gewinnspanne noch geringer. Sie beträgt am Hektoliter nur 24 15 Mark. In Friedenszeiten hat das Spezialbier in Stuttgart 20 Mark im Einkauf gekostet. Verkauft wurde dieses Bier in den damals üblichen 0,35 Liter-Gläsern (zurückgereichte 0,4 Liter-Gläser) um 15 Pfennig das 0,35 Liter-Glas. Der Wirt erzielte also in Friedenszeit für dieses Spezialbier, ebenfalls unter Berücksichtigung des 10prozentigen Schankverlustes einen Verkaufspreis von 34 Mark pro Hektoliter, oder in Prozenten ausgedrückt, 90 Prozent. Unsere Behauptung, daß die Gewinnspanne des Bieres in Friedenszeit größer war, als heute, ist also durchaus richtig. Im übrigen können die Verhältnisse der Friedenszeit mit den gegenwärtigen Verhältnissen überhaupt nicht verglichen werden. In Friedenszeit hat ein Wirt das 4 bis 5fache an Bier verkauft, und seine Läden und Steuern betragen nur den sechsten Teil. Auch die bayerischen Verhältnisse können auf Württemberg niemals Anwendung finden. Im übrigen ist auch bei der Berechnung des Schankverlustes zu berücksichtigen, daß das Bier vielfach in den Wirtschaften auch in größeren Mengen als 0,3 Liter abgeben wird. Besonders ist dies an der bayerischen Grenze in Ulm und im württembergischen Oberland der Fall. Bei Abgabe in größeren Mengen verzinnt sich der Schankverlust derart, daß vielfach kaum 20 Prozent Bruttogewinn verbleiben. So ist ohne weiteres einleuchtend, daß der Gastwirt am Bier eine größere Gewinnspanne machen muß, denn es ist doch schließlich ein Unterschied ob ein Flaschenbierhändler eine Flasche Bier verkauft, oder eine Brauerei dem Wirt ein Fass Bier vor seine Türe führt, oder aber ob ein Wirt dieses Bier als weisse in seinem Lokal ausschänken muß. Der Wirt gibt dem Gast, der ein Glas Bier bei ihm trinkt, doch noch andere Leistungen. Der Wirt benötigt zum Ausschank des Bieres Kohlenäure und Eis. Er muß dem Gast ein sauberes und beleuchtetes Lokal, einen gedeckten Tisch, Zeitungen und sonstige Annehmlichkeiten zur Verfügung stellen. Das sind alles Leistungen die bei dem Schankverlust berücksichtigt werden müssen. Nicht der hohe Schankverlust des Wirtes hat den Verfall in dieser erschreckenden Weise verringert, sondern die übermäßig hohen Steuern, die heute 17 Mark bis 22 Mark am Hektoliter betragen. Das Bier ist teurer geworden, hat aber erst neuerdings die Reichsregierung zugegeben und anerkannt, daß die überhöhten Steuern am 1. April ds. Js. abgebaut werden sollen, um dadurch den Bierkonsum wieder zu heben.

Lesen Sie unsere Zeitung

Aus Baden

Offenburg, 22. Febr. (Aus Sorge verhunzert.) Durch krankhaften Gely sich zu Tode gehungert hat sich hier ein nahezu 73jähriger Privatmann. Bei seinem Tode hatte man festgestellt, daß er ein Vermögen von über 10000 Mk. Bargeld besaß, außerdem eine monatliche Rente von 300 Mk. und Zinsen aus Darlehen verleben konnte. Offenbar befürchtete er, daß eine zweite Inflation ihm sein Bargeld entziehen könnte und daß er für seine alten Tage in Not kommen würde. Als Junggeheule, der er war, hatte er für die Zukunft zu sorgen, und er sorgte nicht einmal für sich. Er lebte von Bohnen und Kaffee, und auch diese Kost nahm er nur in so kleinen Mengen zu sich, daß die ärztliche Untersuchung kurz vor seinem Tode eine Aushungerung feststellte. Ein prächtige slawische Gewerbeausstellung, die der nun verstorbene besaß, fand auf der großen Offenburger Jagdausstellung allgemeine Bewunderung.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Verhaftung der flüchtigen bayerischen Postassistentin Steubl. Die 40jährige bayerische Postassistentin Steubl und der Postmeister Kümmler, die am 30. Januar d. J. nach Unterschlagung von 200 000 RM. über Pilsen und Prag nach Währen geflüchtet waren, wurden in einem Wirtshaus bei Eshhorn-Bittschka verhaftet. Bei den Verhaftungen wurden nur 5 000 Kronen gefunden.

Zwei Opfer einer Lawine. Am Gaishorn im Bezirk Pöygen (Steiermark) wurden vier Personen, die das Gelände für ein Skirennen absteckten, von einer Lawine verschüttet. Während es zwei Personen gelang, sich selbst herauszuarbeiten, konnten die anderen trotz aufopfernder Rettungsarbeit ihrer Kameraden nur als Leichen geborgen werden.

Starke Kälte in Griechenland. In ganz Griechenland ist eine überaus starke Kälte mit Schneefall eingetreten. In Athen, aber auch in Thessalien, Mazedonien und in verschiedenen anderen Gegenden ist der Schnee zwei Meiler hoch gefallen. Die Verbindungswege sind zum Teil unterbrochen. Ganze Habel hungriger Wölfe greifen die Herden an.

Der älteste Mann Deutschlands gestorben. Peter Schupp von Baumbach im Westerwald, der als der älteste Mann in Deutschland galt, hatte erst kürzlich seinen 104. Geburtstag gefeiert, nun ist er gestorben. Er ist 1828 in Montabaur geboren, machte also der bekannten Langlebigkeit der Westerwälder alle Ehre. Seit vor einigen Jahren sein Sohn als Pfarrer von Baumbach auch in hohem Alter gestorben war, hatte ihn die Gemeinde Baumbach in treue Obhut genommen.

Rundfunk

Donnerstag, 23. Febr.: 6.15 Uhr Gymnastik, von 10 bis 13.30 Uhr Schallplatten, Nachrichten, Wetter, 14.30 Uhr Spanischer Sprachunterricht, 15 Uhr Englischer Sprachunterricht, 15.30 Uhr Stunde der Jugend, 16.35 Uhr Caritas-Vortrag: Unsere Not - Unsere Liebe, 17.05 Uhr Konzert, 18.30 Uhr Zeit, Landwirtschaft, 18.40 Uhr Vortrag: Die Entwicklung des Mundart-Theaters im Elsass, 19.05 Uhr Vortrag: George Washington, 19.30 Uhr Zeit, Wetter, 19.35 Uhr Vortrag: „Das Du“, 20.05 Uhr Kollekpreisräuber, 20.30 Uhr „Brüde und Tomm“, 22.30 Uhr Zeit, Nachrichten, 22.50 Uhr Konzert.

Handel und Verkehr

Getreide

Berliner Produktenbörse vom 23. Febr. Weizen märk. 245 bis 247, Roggen märk. 194-196, Brauergroß 168-172, Futter- und Industriergroß 157-163, Dalm. märk. 145-155, Weizenmehl 30.25-34.50, Roggenmehl 28-29.50, Weizenkleie 9.75-10.25, Roggenkleie 9.75-10.25, Viktoriaerbsen 20-27, kleine Speiseerbsen 21-23.50, Futtererbsen 15-17, Mischmehl Tendenz: Im Verlaufe leiser.

Fruchtpreise. Ellwangen: Weizen 11-12, Roggen 10.60 bis 11, Hafer 7.20-7.80, Gerste 9 Mk. - Heidenheim: Kernen 13-13.10, Weizen 10.70-12.30, Hafer 7.80, Roggen 10.50 bis 11. - Ravensburg: Weizen 9.10-10.50, Weizen 12.50 bis 12.70, Roggen 10.10-10.60, Gerste 9-9.60, Hafer 8.10-8.50 Mk. - Reutlingen: Weizen 13-14, Dinkel 10-10.50, Weizen 13, Gerste 9-9.50, Hafer 7.50-8.50, Saatgerste 10-11.50, Kernen 13, Roggen 10.40, Gerste 8.40, Saatgerste 9.50, Hafer 8.40 Mk. - Ulm: Weizen 11-13, Kernen 13.50, Roggen 11.40-11.70, Gerste 8.50-10.50, Hafer 7.20-8.80 Markt.

Märkte

Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 23. Februar. Zutrieb: 31 Ochsen, 56 Bullen, 328 Jungbullen, 432 Jungrinder, 355 Kühe, 1432 Käber, 2644 Schweine, 1 Biene. Ueberkauft: 6 Ochsen, 3 Bullen, 60 Jungbullen, 60 Jungrinder, 70 Kühe, 200 Schweine. Ochsen: ausgem. 28-32 (una.), vollst. 24-27 (una.), II. 20-23 (una.). Bullen: ausgem. 29-34 (23-25), vollst. 21-22 (una.), II. 19-20 (una.). Jungrinder: ausgem. 32-34 (32-35), vollst. 26-30 (26 bis 30), II. 21-24 (una.). Kühe: ausgem. 22-25 (22-26), vollst. 17-20 (una.), II. 12-15 (una.), ger. 9-11 (una.). Käber: feinste Mast- und beste Sauat. 35-39 (36-38) mittl. 31-34 (32-34), ger. 27-30 (29-31). Schweine: von 240-300 Pfd. 42 (una.), von 200-240 Pfd. 40-42 (una.), von 160-200 Pfd. 39-40 (38-39), von 120 bis 160 und unter 120 Pfd. 35-38 (36-37), Sauen 27-33 (27 bis 30). - Verlauf: Großvieh langsam, Ueberstand, Käber mäßig, Schweine ruhig, Ueberstand.

Siedbriete, Ravensburg: Anstellrinder 80-250, trächtige Kühe 200-350, Milchkuhe 180-320, hochträgliche Kalbkuhe 200 bis 300, fähigke trächtige Kalbkuhe 200-250 Mk. - Weiskalbe Oß. Bahlingen: Kleinvieh 70-120, Ochsen 350-400, Kühe untr. Kalbinnen 300-400, Jungrinder und Rinder 120-200 Markt. Schweinepreise. Heidenheim: Milchschweine 10-12, Käber 17 Mk. - Ravensburg: Ferkel 8-15, Käber 22-30 Mk. - Saulgau: Ferkel 10-16 Mk. - Ulm: Saugschweine 10 bis 16 Mk. - Bahlingen a. G.: Milchschweine 12-17, Käber 27.50 Markt.

Stuttgarter Wochenmarkt. Butter hand fest und hoch im Preise, Markenbutter kostete fast ausnahmslos 1.8 Mk., Markenbutter 1.8-1.7, Zentrifugenbutter 1.4, Landbutter 1.3 Mk. das Pfund Landbutter, mittelschwer bis schwer, kosteten noch 1 bis 1.0, leichtere Ware bis herab zu 7 Pfennig. Solnat kostete meist 25-30, Aderfalsat 8-90, Kresse 40, Kraut 6-7, Rotkraut 8, Kohl 10-12, Kohlenkohl 22-25, Zwiebeln 11-13, Gelbe Rüben 6-8, rote Rüben 7-8, Karotten 20-25, Schwarzwurzeln 25-30, Kartoffeln 4.5-5, Sellerie 20-25, Rettiche 5-8, Endivienfalsat 6-10, Radishesen 15-20 Pfennig.

Seite Nachrichten

Sechs Arbeiter bei einer Sprengung verschüttet.

Rizza, 23. Febr. Sechs Arbeiter, die im Tale des Barflusses Stroharbeiten durchführten, wurden heute früh bei einer Sprengung verschüttet. Drei konnten nur als Leichen geborgen werden und von den drei anderen starben zwei auf dem Wege nach dem Krankenhaus.

Japanische „Strafexpedition“ in der Mandchurie.

Tokio, 24. Februar. Amtlich wird aus Chardin gemeldet, daß die japanischen Truppen morgen in der Mandchurie eine „Strafexpedition“ gegen die Truppen des chinesischen Generals Tschingtscha unternehmen werden. Als Grund wird angegeben, daß die Truppen des Generals an verschiedenen Punkten des östlichen Teiles der chinesischen Ostbahn plündern und das Leben und Eigentum von Japanern und Koreanern gefährden.

Rückflug des Do X im April?

London, 23. Febr. Einer New Yorker Information der Central News wird Do X im April zum Rückflug nach Deutschland wahrscheinlich auf dem Weg über Neufundland starten.

Unwähliches Wetter für Donnerstag

Ausläufer der östlichen Depression berühren auch Süddeutschland. Für Donnerstag ist mehrfach bedecktes, unbeständiges Wetter zu erwarten.

Advertisement for Aichelberg. Todes-Anzeige. Tiefbetrubt geben wir allen Freunden, Verwandten und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unser lieber Onkel, Schwager und Bruder Joh. Georg Gall Schnelder im Alter von 75 Jahren nach langem, mit Geduld ertragenem Leiden durch den Tod erlöst wurde. In tiefem Leid: Ulrich Lörcher mit Gattin Anna Barbara geb. Gall. Beerdigung Donnerstag nachmittag 1 Uhr.

Advertisement for Kaufhaus Schocken Pforzheim. Mäntel für die Konfirmation. 'Dora' Wellnopp, gestapelter Kragen, ganz gefüttert, mit Gürtel 24.50. Fancy, Herrenrevers, mit Gürtel und Taschen 9.75. Fancy, Kragen mit Blende und Knopf, zweireihig, mit Taschen 14.50. Fancy, breiter Revers, eingelegte Stoffbinden, ganz gefüttert 19.50.

Advertisement for Stoffmalifarben. sind stets zu beziehen durch die Buchhandlung Lauk, Nagold. Alleinige Verkaufsstelle der Fa. Konrad & Höhne für den Bezirk Nagold und Umgebung. Beachten Sie unser Schaufenster.

Advertisement for Altensteig-Dorf. Danksagung. Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme, die wir während der langen Leidenszeit und beim Heimgang meiner lieben Gattin, unserer lieben Mutter Anna Seeger geb. Waidelich erfahren durften, sagen wir auf diesem Wege unsern herzlichen Dank. Alt-Bürgermeister Seeger mit Angehörigen.

Advertisement for W. Forstamt Holzgrafenweiler. Unterhaltenen Rinderwagen hat zu verkaufen. Wer - ? sagt die Geschäftsstelle des Blattes. Füllfederhalter (Selbstfüller) mit Krupp-Stahlfeder 1.20 mit Goldfeder 3.50, 4.- in großer Auswahl empfiehlt die Buchhandlung Lank Altensteig. Rheumatismus ist sicher heilbar durch den bewährten Gebrauch natürlicher, billiger Pflanzenprodukte, die ich gegen Vergütung von 3 Mk. mitteile. Albert Roebelen, München 13 Schellingstraße 91.

Advertisement for Meyers Lexikon. Ein Rubkalb zur Nachzucht, hat zu verkaufen Hartmann, Bäcker. Ein 8 Monate altes, schönes Einstell-Rind verkauft Martin Klink. MEYERS LEXIKON. EIN GRIFF GENÜGT. 12 BÄNDE VON A-Z VOLLSTÄNDIG. Zu beziehen durch die Buchhandlung Lauk in Altensteig.